

## BESCHLUSS IV – DOMINIKANISCHE REPUBLIK

THEMA: POLITISCHE UND SOZIALE RECHTE

BETREFF: EIN ÜBERGANG ZUR DEMOKRATIA, EINE IDEALE TECHNOKRATIE

Die Generalversammlung,

Besorgt über den zunehmende Korruption und Machtgier einiger autoritärer Regime, aber auch demokratischer Regime, wie Frau Satterthwaite treffend sagt: „Die Regierungen, die durch legitime Wahlen an die Macht gekommen sind, nutzen ihre Macht dann dazu, Systeme und demokratische Rechte zu untergraben.“,

Unter Hinweis auf den Bericht der Nichtregierungsorganisation Transparency International aus dem Jahr 2024, aus dem hervorgeht, dass in 148 Ländern seit 2012 die Korruption stagniert oder sich verschlimmert hat, sowie durch die zwischenstaatliche Organisation International IDEA, die berichtet, dass 94 Länder bei mindestens einem demokratischen Indikator zurückgestuft wurden,

Beunruhigt durch die Tatsache, dass mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung in einem autoritären Regime lebt und dass laut einer Studie der Economist Intelligence Unit nur 32 Länder ihren Demokratieindex im Jahr 2023 verbessert haben,

Stellt fest dass die Funktionsstörungen der derzeitigen Regierungen die Stabilität der Staaten stark beeinflussen,

Begrüßt die Initiative Albaniens, das mit der Einführung von Diella, einem algorithmusbasierten System zur Verwaltung öffentlicher Märkte, erste positive Ergebnisse im Bereich Transparenz erzielt hat,

Denken auf die Zukunft und das allgemeine Wohlergehen der Weltbürger, die einen Rückgang der sozialen Ungleichheiten und damit eine Verbesserung ihrer Lebensqualität erleben werden,

Beschließt die Einrichtung einer künstlichen Intelligenz namens democratIA, die für die Regierung der Staaten zuständig sein wird, wodurch die moralische Verantwortung der Politiker entfällt;

- Jedes Land soll für sein eigenes Programm verantwortlich sein, sodass wir seine individuellen Herausforderungen berücksichtigen können, wobei wir uns an eine klar definierte Charta der UNO halten, deren Ziel es ist, jeglichen Missbrauch zu bekämpfen;

- Die Schaffung eines der UNO angedgliederten Gremiums mit einem Stellvertreter pro Land, der an den jährlichen Generalversammlungen teilnehmen muss, um mögliche Missbräuche, aber auch mögliche Verbesserungen zu erörtern, mit dem Ziel, die gegenseitige Unterstützung zu fördern.

*Der französische Text ist maßgebend.*